

Herausgegeben vom



von

Prof. Dr. Dietmar Krafft

unter Mitarbeit von

Prof. Dr. Claudia Wiepcke

© 2012 Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2012. Alle Rechte vorbehalten. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nicht gestattet. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Herausgebers in irgendeiner Form reproduziert, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Folgende Begriffe sind im **MARKT**-Lexikon 20–51 erschienen – blau markierte Begriffe sind Themen der aktuellen Ausgabe:

ABC-Analyse	36	Charttechnik	24	Existenzgründung	29
Abgeltungssteuer	47	Corporate Governance	40	Exportweltmeister	48
Absetzung für Abnutzung (AfA)	44	Deutsches Hochschulsystem	45	Externe Effekte	27
Aktienfonds	24	Demografie	39	Federal Reserve Bank	32
Aktienindex	21	Dienstvertrag	36	Finanzausgleich	30
Altersteilzeit	51	Die Berufswahl –		Finanzierung	38
Altersvorsorge	44	Ein Glücksspiel	38	Finanzkrise	51
Allgemeine Geschäftsbedingungen	38	DIHK	47	Fiskalpolitik	37
Angebotsorient. Wirtschaftspolitik	23	Diskussionsleitung als Managementaufgabe	50	Freihandel	46
Apps	51	Diversifikation	43	Fusion	25
Arbeitnehmer-Entsendegesetz und Mindestlöhne ..	49	Diversity Management	35	Geldpolitik	20
Arbeitskräftemigration	49	EBIT	44	Generationenvertrag	48
Arbeitsmarktpolitik	36	E-Commerce/E-Business	28	Geschäftsbrieft	43
Arbeitsvertrag	44	Ein-Euro-Job	49	Geschäftsplan (Businessplan)	48
Arbeitszeitverkürzung	28	Einkommensentwicklung	47	Geschäftsprozessmodellierung	37
Aussperrung	20	Einkommenssteuer	23	Gesprächsführung als Managementaufgabe	50
Bad Banks	47	E-Learning/Blended Learning	31	Gesundheitsfonds	50
Bankenkrise	43	Electronic-Banking	43	GEZ	47
Bankensystem	29	ELENA-Verfahren	48	Globalisierung	28
Basel II	30	Employability	35	Grundpfandrecht	30
Bausparen	32	Erbschaftsteuer	46	Gewinnmaximierung – ja o. nein	21
Bildungsökonomie	31	EU-Osterweiterung	29	Humankapital	35
Bildungscontrolling	31	Europäische		Hochschulzulassung	45
Bürgschaft	26	Europäische Bildungsreform	45	IFRS – International Financial Standards	40
Call Center	28	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	29	Immobilienfonds	21
		Europäische Zentralbank ...	20	Immobilienwirtschaft	43
				Innenfinanzierung	44
				Innovationen	30
				Innovationsmanagement ..	39
				Insolvenz	28
				Investmentfonds	24
				Kaizen	31
				Körperschaftsteuer	23
				Kompetenzmanagement ...	38
				Konsumentenrente	49
				Konvergenzkriterien	35
				Korruption	26

Kosten	19	Riester-Rente	47	Windenergie	27
Krankenversicherung	22	Rücklagen	25	Wirtschaftsethik	37
Kreativitätstechnik	38	Schattenwirtschaft	32	Wirtschaftsförderung	32
Lebensversicherung	43	Schwarzarbeit	32	Wirtschaftskultur	40
Liberalismus	39	Soziale Marktwirtschaft	21	Wirtschaftsprüfung	40
Liquidität	23	Sozialhilfe	22 + 25	Wissensbilanz	36
Lissabon-Strategie	35	Sozialstaat	49	Wissensmanagement	46
Limited	43	Sozialversicherung	22	Work-Life-Balance	35
LKW-Maut	28	Staatsverschuldung ...	36 + 48	WTO	29
Markenartikel	20	Stabilitätspakt	35	Zahlungsverkehr	50
Marktformen	26	Stabilisierungspolitik	21	Zeitarbeit	28
Marktsteuerung	36	Studentenwerk	45	Zielkostenrechnung	31
Merkantilismus	39	Studienkosten	45		
Mindestlohn	44	Studien- und Semesterbeiträge	45		
Mobbing	20	Subventionen	26		
Mobilität	25	Szenario-Technik	38		
Monopol	26	Tariflohn	50		
Motivation	20	Teilzeitarbeit	48		
Multiplikatorprozess	39	Termingeschäft	51		
Nachhaltigkeit	38	Terms of Trade	46		
NAFTA	31	Testmarkt	44		
New Economy	21	Tourismus	32		
Nutzwertanalyse	37	Transferpreise (Verrechnungspreise)	40		
Öffentliche Güter	23	Transaktionen	24		
Ökosteuer	27	Umsatzsteuer – Mehrwertsteuer	12 + 23		
Oligopole	50	Umweltmanagement	27		
OPEC	30	Umweltzertifikate	27		
Opportunitätskosten	24	Unfallversicherung	22		
Outsourcing	27	Unternehmensgründung ...	47		
Pauschalreisen	46	Unternehmergeinschaft (UG)	46		
Pflegeversicherung	22	Unternehmertum	39		
Phillips-Kurve	51	Urheberrecht	30		
Pigou-Steuer	51	Verbraucherorientierung ...	31		
Pishing	51	Verhandlungstechnik	39		
Preisniveau	29	Vermögensarten	25		
Preispolitik	23	Vermögensbildung	29		
Private Hochschulen in Deutschland	45	Vermögensentwicklung in Deutschland	50		
Produktlebenszyklus	21	Vollkostenkalkulation	25		
Produzentenrente	49	Warentest	46		
Projektmanagement	37	Währungssysteme	26		
Protektionismus	37	Wechsel	20		
Publizitätspflicht	40	Werkvertrag	36		
Qualitätsmanagement	37	Wettbewerbsbeschränkungen	26		
Rating	30				
Rechnungslegung	40				
Rentenfonds	24				
Rentenversicherung	22				
Rettung des Euro?	48				

Der Vater von Patrick ist 55 Jahre alt und plant, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Er weiß, dass er eine sogenannte Altersteilzeit in Anspruch nehmen kann und beauftragt Patrick, sich bei der Agentur für Arbeit zu erkundigen.

Die Altersteilzeit ist eine Reduzierung der bisher geleisteten Arbeitszeit oder eine vorzeitige Beendigung der aktiven Arbeitszeit vor dem regulären Ruhestand. Sie bereitet Arbeitnehmer frühzeitig auf den Ruhestand vor.

Die Altersteilzeit ist in Deutschland seit dem 1.8.1996 im Altersteilzeitgesetz (AltTZG) geregelt. Patrick erfährt, dass sein Vater zwei Voraussetzungen erfüllen muss, um die Altersteilzeit in Anspruch nehmen zu können:

- er muss das 55. Lebensjahr vollendet haben und
- mindestens fünf Jahre in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung* (= 1080 Tage) gearbeitet haben.

Welche Modelle der Altersteilzeit gibt es?

Im Rahmen der Altersteilzeit werden zwei Modelle unterschieden (s. Abb. 1):

Bei dem **Gleichverteilungsmodell** würde Patricks Vater ab einem vereinbarten Termin nur noch die Hälfte der bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit arbeiten. Die Ableistung der Hälfte der Arbeitszeit ist im täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Rhythmus möglich.

Bei dem **Blockmodell** wird die Altersteilzeit in zwei gleich lange Phasen unterteilt. In der ersten Phase arbeitet Patricks Vater wie bisher die volle Arbeitszeit, jedoch zu einem redu-

zierten Gehalt. In der zweiten Phase wird er von der Arbeit freigestellt, bekommt jedoch weiterhin das reduzierte Gehalt. Das Blockmodell ist das am häufigsten genutzte Modell der Altersteilzeit.

Obwohl die Altersteilzeit rechtlich verankert ist, kann sie nur auf freiwilliger Basis zwischen Patricks Vater und seinem Arbeitgeber vereinbart werden.

Gibt es bei der Altersteilzeit eine Aufstockung des Arbeitsentgeltes?

Patrick's Vater, der Altersteilzeit-Arbeitnehmer, erhält zunächst unabhängig davon, wie er seine Arbeitszeit aufteilt, Arbeitsentgelt für die Hälfte der Arbeitszeit. Der Arbeitgeber stockt das Arbeitsentgelt um 20 % auf und erbringt zusätzlich Rentenversicherungsbeiträge auf Basis eines Arbeitsentgeltes von 80 % (obwohl Patrick's Vater nur 50 % des regulären Arbeitsentgeltes erhält). Zusätzlich ist geregelt, dass die Aufstockungsbeträge und die zusätzlichen Beiträge zur Rentenversicherung steuerfrei sind, wenn Patrick's Vater die Voraussetzungen des Altersteilzeitgesetzes erfüllt.

Wird die Altersteilzeit durch die Agentur für Arbeit gefördert?

Förderleistungen von der Agentur für Arbeit gab es nur für Altersteilzeitvereinbarungen, die vor dem 31.12.2009 getroffen wurden. Da Patrick's Vater jetzt einen Altersteilzeitvertrag abschließen möchte, hat er zwar die rechtliche Möglichkeit dazu, kann aber die Förderung der Agentur für Arbeit nicht mehr in Anspruch nehmen.

* Eine versicherungspflichtige Beschäftigung liegt vor, wenn das monatliche Arbeitsentgelt regelmäßig über 400 € liegt.

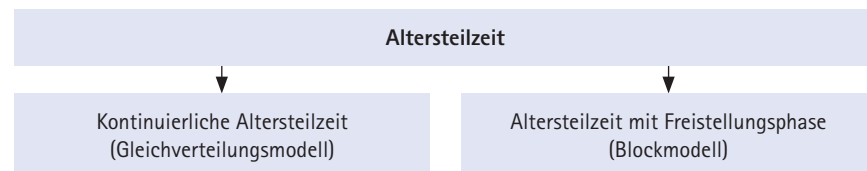


Abb. 1: Formen der Altersteilzeit

Beispielrechnung:

Patrick's Vater arbeitet seit 10 Jahren Vollzeit in einem mittelständischen Unternehmen als Fliesenleger. Sein Bruttoarbeitsentgelt betrug bisher monatlich 2.500 €.

Das Teilzeitentgelt in der Altersteilzeit beträgt:

- 50 % von 2.500 € = 1.250 € (noch Steuerpflichtig)

Der Aufstockungsbetrag vom Arbeitgeber beträgt:

- 20 % von 1.250 € = 250 € (Steuerfrei)

Aufstockung der Rentenversicherung auf 80 % des bisherigen Vollzeitarbeitsentgeltes:

- 80 % von 2.500 € = 2.000 €
- 2.000 € - 1.250 € = 750 € (auf 750 € wird vom Arbeitgeber ein zusätzlicher Rentenversicherungsbeitrag eingezahlt)

Zusätzlicher Rentenversicherungsbeitrag:

- 19,9 % von 750 € = 149,25 €

Die Förderleistungen der Agentur für Arbeit unterlagen folgenden Bedingungen:

- Der durch die Altersteilzeit freigewordene Arbeitsplatz musste wieder besetzt werden (durch eine arbeitslose bzw. junge arbeitsuchende Person).
- Die Förderleistung wurde für einen Förderzeitraum von höchstens sechs Jahren gewährt.

Die Agentur für Arbeit erstattete dem Arbeitgeber den Aufstockungsbetrag in Höhe von 20 % sowie die zusätzlichen Beiträge zur Rentenversicherung. Bei den ab dem 1.1.2010 abgeschlossenen Altersteilzeitverträgen tragen die Arbeitgeber die Aufstockungsbeträge selber.

Mit welchen Risiken ist die Altersteilzeit verbunden?

Patrick's Vater erkundigt sich, ob die Altersteilzeit für ihn (den Arbeitnehmer) auch Nachteile mit sich bringen kann. Er erfährt, dass möglicherweise Sonderleistungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld, Dienstwagen und -computer wegfallen. Auch kann sein Arbeitgeber „Pleite“ gehen. Für den Fall einer Insolvenz (MARKT 28) ist der Arbeitgeber verpflichtet, für das Blockzeitmodell eine

Insolvenzversicherung (§ 8a ATG) abzuschließen. Im Rahmen der Insolvenzversicherung wird ein Wertguthaben (Rückstellungen) durch den Arbeitgeber aufgebaut. Diese Regelung muss jedoch in der Altersteilzeitvereinbarung festgehalten werden und Patrick's Vater kann sich alle sechs Monate die Maßnahmen zur Sicherung des Wertguthabens in schriftlicher Form nachweisen lassen.

Auch für den Arbeitgeber können sich Schwierigkeiten ergeben: In großen Unternehmen kann es zu organisatorischen Problemen kommen. Insbesondere beim Blockmodell kann dem Unternehmen Wissen und Know-how von „heute auf morgen“ verloren gehen.

Patrick's Vater ist sich zwar bewusst, dass er durch den harten und frühen Übergang vom Arbeitsleben in das Rentenleben einen sogenannten „Rentenschock“ erleben kann. Er ist jedoch fest entschlossen, die Altersteilzeit in Form des Blockmodells in Anspruch zu nehmen. Da die Altersteilzeit aber auch auf Freiwilligkeit seines Arbeitgebers beruht und dem Arbeitgeber dadurch Zusatzkosten entstehen, hofft er, dass dieser einwilligt.

Quelle: www.arbeitsagentur.de

Hanna fährt mit ihrem Klassenkameraden Nico zum Supermarkt, um für den Grillabend einzukaufen. Als sie an einer Tankstelle vorbeikommen, holt Nico sein iPad heraus und sagt zu Hanna: „Warte einmal, vielleicht tanken wir hier!“ Es dauert keine 2 Minuten und er sagt: „Nein, lohnt nicht, die Tanke am Kamp ist heute billiger.“ Auch im Supermarkt erfährt Hanna, dass sie Holzkohle und Ketchup billiger im Einkaufszentrum bei der Tankstelle bekommen werden. Nico hat die Preisübersicht für Sprit auf seinem iPad:

Tankstellenadresse	Zeit	Euro/ltr.	
		Super	Diesel
Freie Tankstelle – Kamp 17	1.11.	1,679	1,529
Solotank – Westerheide 5	1.11.	1,699	1,529
Aral – Am Markt 10	1.11.	1,699	1,549

Diese Situation ist typisch für eine Veränderung unseres Lebens durch die Smartphones mit ihren vielen „Apps“. Eine Unzahl von Informationen liefern die kleinen „Zauberkästchen“.

„App“ ist eine Abkürzung für „Applikation“ (die Mehrzahl sind „Apps“). Applikation bedeutet, dass einem Gegenstand etwas hinzugefügt wird – ein neuer Teil oder eine zusätzliche Verwendungsmöglichkeit. Es können Federn an einem Hut oder Teile an einem Taschenmesser sein, mit denen wir nicht nur schneiden, sondern auch Flaschenverschlüsse und Dosen öffnen, Korke ziehen, Fingernägel feilen, in Zähnen stochern und manches andere können. Für die Smartphones gibt es inzwischen unzählige Apps.

So sind in den letzten Jahrzehnten die ursprünglichen Telefonapparate nicht nur mobil geworden, sondern dienen mittlerweile auch als Uhr, Kamera, Terminkalender, Merkzettel u. a. m. Dies hat bei den Smartphones durch Computerprogramme mit unzähligen

Funktionen und die weltweite drahtlose Verbindung zu einem völlig neuen Lebensstil der Menschen geführt.

Kommunikation und Information sind durch Applikationen für nahezu alle Lebensbereiche und Regionen allen an der digitalen Revolution Beteiligten zugänglich geworden. Ursprung sind die in diesem Jahrtausend kreierten Apps. Unzählige Menschen, besonders Jugendliche, nutzen die vielfältigen Funktionen für Beruf und Schule, für Spiel, Sport und Arbeit, für Kommunikation und Selbstbeschäftigung. Man kann die Menge dieser Apps nicht mehr übersehen und laufend kommen neue hinzu. Hier nur ein ganz kleiner Ausschnitt:

- **Nachrichtempfang** aus allen Regionen und über alle Ereignisse. Zu Hause, während des Spaziergangs, auf dem Fahrrad und im Auto, während der Arbeit oder der Erholung am Strand und im Gebirge.
- **Navigation im Alltag:** Beispiel für Erstsemester an einer Hochschule: „Wie komme ich vom Bahnhof zum Institut für Kernphysik?“, „Was gibt es heute in der Mensa?“, „Wo liegen eigentlich die Studentenwohnheime?“, „Wann hat der ASTA Sprechstunden?“
- **Liquiditätsprüfung:** „Wie ist mein Konto-stand bei der Bank?“ „Kann ich noch eine Runde Bier ausgeben?“
- **Medienproduktion:** Wir machen für die nächste Geburtstagsfeier ein digitales Fotobuch oder einen Kurzfilm.
- **Spielesammlung:** Ob allein, mit Partnern oder mit Gegnern – die Freizeit ist voll ausgefüllt durch Spiele aller Art.
- **Kommunikation:** Nicht nur Telefon und SMS, alle Communitys von Facebook, über VZ und Twitter stehen Tag und Nacht an jeder Stelle zur Verfügung.
- **Reiseplanung:** Für alle In- und Auslandsfahrten mit Fahrplänen, Straßenkarten, Buchungsangaben, Landschaftsbeschreibungen usw.
- **Börse-Zocken:** Nicht nur DAX und Dow-Jones-Index wird verfolgt, die internationale Wirtschaftslage kann permanent analysiert werden.

So angenehm, praktisch und das menschliche Leben erleichternd die meisten Errungenschaften der technologischen Entwicklung seit der Erfindung der Eisenbahn oder des Webstuhls auch sind – wir müssen bei allem auch die häufig damit verbundenen negativen Entwicklungen sehen. Die technische und wirtschaftliche Entwicklung ist mit einem ständigen Wandel der Wirtschaftsstruktur und den Lebensverhältnissen der Menschen verbunden, der sich für manche Menschen zu schnell und für andere zu langsam vollzieht.

Dies ist auch bei den dadurch entstehenden Unterschieden zwischen bereits entwickelten und zu wenig entwickelten Ländern der Fall. Auch wenn eine Verbesserung der Güterversorgung und eine Zunahme der Freizeit erfolgt, wird eine nachhaltige Förderung des Lebensstandards nicht immer erreicht, nicht in entwickelten und noch weniger in den in Entwicklung befindlichen Ländern.

Drei negative Begleiterscheinungen können im Zusammenhang mit der rasanten Entwicklung der Apps beobachtet werden.

1. Die Gefahr der Schuldenzunahme

Die ursprüngliche Aufgabe des Telefons war die Gesprächsvermittlung. Inzwischen gehört das Verschicken von MMS, das Erstellen von Videos und das Surfen im Internet zur alltäglichen Handynutzung und Hunderte von Apps sind in der Planung. Diese attraktiven Möglichkeiten führen zu zunehmenden Kosten, die bei der Begeisterung über die „neue Erschließung der Welt“, besonders für Jugendliche, häufig nicht mehr kalkulierbar sind. Eine Reihe von Untersuchungen belegen, dass Hunderttausende von Jugendlichen sich verschulden. Die Konsequenzen lassen nicht lange auf sich warten: Eltern, selbst auch verschuldet, springen ein – die Gerichtsvollzieher kassieren oder pfänden – das Leben wird unerträglich!

2. Die Veröffentlichung des Privaten

Die zweite, noch schlimmere Wirkung der Apps zeigt sich nicht sofort; auf längere Sicht aber wird deutlich, dass sich die Menschen in

die Hände (bzw. Dateien) von unbekanntem Kräften begeben. Mit vielen Nutzungsformen der Apps fließen die Informationen nicht nur zum Nutzer, sondern vom Nutzer zu den Apps-Erstellern: Namen, Adressen für Post und E-Mail, Telefon- und Kontonummern. Der Nutzer wird registriert und permanent beobachtet. „Wann, wo, wozu, in welchem Umfang gibst Du Dein Geld aus?“, „Welches sind Deine Wünsche und Vorlieben“, „Was vermeidest Du und auf was bist Du scharf?“ Die Branche von Firmen zur Datensammlung, -sortierung und zum -verkauf wächst ständig und trägt dazu bei, ihre Kenntnisse an jeden zu verkaufen, der ausreichend bezahlt. Dieser verdient sein Geld natürlich dadurch, dass er sich mit allen Mitteln und den erkaufte Kenntnissen dafür einsetzt, das Einkommen der Haushalte schnell zu Ausgaben werden zu lassen. Dann zeigt sich auch die Verbindung der zweiten mit der ersten Begleiterscheinung: Dem darauf folgenden Angebot von Billig-Krediten, die auch durch Apps erkundet werden, können die privaten Haushalte oft nicht entkommen.

3. Kommunikationsveränderung

Nicht vergessen sollte man die Veränderung des Umgangs miteinander: „Die Familie oder Freunde sitzen beim Kaffeenachmittag zusammen, alle haben ihr Handy in der Hand und scrollen. Alle reden nur über (das) Handy miteinander.“

Also: Vorsicht beim Umgang mit dem Smartphone. Es ist genau zu prüfen, welche der Apps wichtigen Nutzen bringen und welche nur darauf aus sind, möglichst viel von Deinem Leben zu erfahren. Geht es ihnen darum, Dir zu helfen, oder darum, an Deinem schwer erarbeiteten Einkommen zu partizipieren?

Ist der 6. September 2012 der Tag einer „Währungsreform“ der Euroländer oder der Tag einer Euro-Rettung? Der EZB-Rat (Rat der Europäischen Zentralbank) hatte an diesem Tag beschlossen, dass die EZB bereit sei, in unbegrenztem Umfang Staatsanleihen der Euro-Krisenländer aufzukaufen. Was ist daran besonders? Warum sollte eine Bank keine Wertpapiere kaufen, wenn sie genug Geld hat? Es ist allerdings beunruhigend, wenn an einem solchen Tag in Radio, Fernsehen, Zeitungen, Cafés und an Biertheken nur noch dieses Thema behandelt wird: „Ist es das Ende des Euro?“, „Sollte ich schnell mein Spargeld abheben?“, „Was wird mit meiner Rente?“, „Ich tausche sofort mein Guthaben in Dollar oder Schweizer Franken!“. Diese Meldungen und Gespräche einer Bevölkerung, die – selbst bei vielen Vertretern der Medien – mangels schulischer Unterrichtung in Wirtschaftsfragen rein emotional reagiert, können zu ökonomischen Fehlsteuerungen führen und nachhaltige Krisen produzieren.

Eine einfache, auch für Laien verständliche Erklärung soll zumindest die wichtigsten Folgen der Entscheidung verdeutlichen:

Staatsanleihen sind die Schuldscheine, die eine Regierung ausgibt, wenn sie sich Geld von der Bevölkerung borgt. Sie hat dann Schulden bei der Bevölkerung und zahlt dafür Zinsen. Das kann für nur ein Jahr sein, aber auch länger, für viele Jahre. Die Geldgeber sind private Haushalte und Geschäftsleute, aber vor allem Versicherungen und Banken, bei denen wir unsere Ersparnisse aufheben.

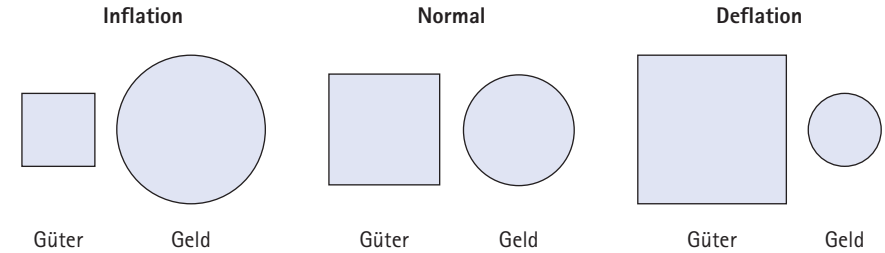
Es ist wichtig zu erkennen, dass → Geld (MARKT 2) ja nichts anderes ist als bedrucktes Papier oder geprägtes Metall, mit dem man recht wenig anfangen kann, denn die Zeiten von Gold und Silber sind vorbei. Man kann aber Geld gegen wichtige und schöne Güter eintauschen, d.h. damit bezahlen. Dies kann man sogar mit Geld, das weder Papier noch Metall ist, sondern nur auf einem Konto bei

der Bank als „Guthaben“ registriert ist. Wegen des Bezahlers von Gütern hat Geld eine große Bedeutung für das Funktionieren unserer Wirtschaft. Wenn jedoch die Wirtschaft richtig funktionieren soll, muss sichergestellt werden, dass die Geldmenge und die Gütermenge in etwa gleich sind. Dies gilt sowohl bei der Produktion von Gütern als bei ihrer Verwendung.

Beispiel: Wenn die Beschäftigten einer Bäckerei Brot für die Bevölkerung herstellen, bekommen sie ein Einkommen als Lohn und Gewinn, das ebenso hoch ist wie die Zahlungen der Brotkäufer. Dabei ist berücksichtigt, dass die Bäckerei von dieser Zahlung einen Teil an andere Beschäftigte abgibt, die das Mehl geschaffen haben, den Backofen, die Energie für diesen usw. Auch diese bekommen einen Teil des Geldes, das die Brotkäufer bezahlt haben. Wenn es in dieser Volkswirtschaft nichts anderes gäbe als Brot, das man zum Leben braucht und dafür produziert, dann müsste die Geldzahlung von Einkommen an alle am Backen Beteiligten gleich hoch sein wie die Geldzahlung beim Kaufen der Brote. Jeder bekommt seinen Anteil am Geld und damit auch am Brot.

Aber: Wenn sich jetzt einer nicht am Backen beteiligt, sondern Papier druckt, das sich Geld nennt, und damit Brot kauft, dann würde Brot für die fehlen, die es geschaffen haben.

In der realen Wirtschaft kommt es – wenn jemand Geld bekommt, indem er druckt, ohne dass Güter entstehen – dazu, dass mehr Geld da ist als Güter, so dass dann die Preise für das Brot steigen würden. Nehmen wir an, es waren vorher 100 Brote und 100 €. Jetzt werden 10 € zusätzlich gedruckt. Dann wird es sich einspielen, dass man ein Brot nicht mehr für 1 € bekommt, sondern ein Gleichgewicht gibt es erst bei einem Preis von 1,10 € je Brot. Natürlich würden dann auch Löhne und Gewinne steigen – was aber kein Vorteil ist, denn es gibt nach wie vor nur 100 Brote. Vermehrt sich die Geldmenge weiterhin, dann steigen die Preise, Löhne und Gewinne – es kommt zur → **Inflation** = kontinuierliche Preissteigerung (MARKT 16). Würde dagegen



das Geld weniger (oder auch das Brot mehr, weil man zum gleichen Lohn und Gewinn mehr produziert), gibt es eine **Deflation**. Beides ist für die Wirtschaft negativ.

Bei dem Ankauf der Staatsanleihen gibt es nun ein Problem. Gibt die Bevölkerung von ihrem Einkommen einen Teil des Geldes der Regierung, dann nutzt sie es nicht selbst für den Kauf von Gütern. Die Regierung kann es aber dafür nutzen, ohne dass das Gleichgewicht von Geld und Gütern gestört wird. Wenn jedoch nicht die Bevölkerung, die für die Produktion von Gütern Geld bekommen hat (man kann es „Bezugsscheine für Güter“ nennen) der Regierung Geld gibt, sondern die EZB dieses Geld zusätzlich druckt, dann fehlen für diese „Bezugsscheine“ die Güter. Die Regierungen schaffen mit dem Drucken der Staatsanleihen nur Schuldscheine, keine Güter. Der Gegenwert, den die Regierungen von der EZB erhalten (das Geld), wird zusätzlich geschaffen durch das Drucken von Banknoten oder einfach durch das Aufschreiben von Guthaben auf die Konten der Banken oder direkt der Regierungen.

Damit verletzt die EZB ihre vordringlichste Aufgabe, die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts von Güter- und Geldmenge, die Sicherung des Geldwertes. Die EZB könnte als Gegenwert für Staatsanleihen unbeschränkt Geld produzieren und es dauert sehr lange, bis die Bevölkerung merkt, dass die Geldmenge immer mehr zunimmt, ohne dass die Gütermenge ebenfalls steigt.

Die gegenwärtige Eurokrise in vielen Ländern ist ein Resultat jahrzehntelanger Budgetdefizite der Regierungen. Dahinter steht letztlich das „fiskalische Gefangenendilemma“ demokratischer Politiker. Eine auf Nachhaltigkeit angelegte Steuer- und Ausgabenpolitik fördert langfristig Wachstum und Stabilität, führt aber zur Abwahl einer Regierung. Man wird also lieber staatliche Wohltaten versprechen, die zwar den Gewinn der Wahlen ermöglichen, langfristig aber Wachstum und Stabilität gefährden. Eine „Schuldenbremse“, wie sie eingeführt werden soll, ist der Versuch, diese Zwickmühle durch eine verbindliche Regel zu überwinden. Leider sind alle „verbindlichen Regeln“ zur Absicherung der Stabilität des Geldes seit der Einführung des Euro (und bei vielen Ländern auch vorher!) verletzt worden. Da jedes Land seine eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben kann, nutzt man alle Chancen aus, dies zum eigenen Vorteil – dem Erhalt der Wählerstimmen – auszunutzen. Die Deutsche Bundesbank und auch die EZB hatten sich bislang sehr darum bemüht, ihre Aufgabe dennoch zu erfüllen. Der 6. September 2012 bereitet einen Weg in die „elastische Geldpolitik“ vor, die in den meisten Staaten üblich war. Sie führte zu inflationären Entwicklungen, die weite Bevölkerungsteile benachteiligen und vielfach sogar mit Zusammenbrüchen der Währungssysteme endete.



Abb.: Banknote aus dem Inflationjahr 1923

Die Phillips-Kurve wird seit vielen Jahrzehnten als eine der wichtigsten makroökonomischen Zusammenhänge anerkannt, denn sie zeigt die Beziehung zwischen Inflation und Beschäftigung. Gleichzeitig ist sie sehr umstritten, denn es gibt unterschiedliche Auffassungen über die Gültigkeit der Phillips-Kurve.

Die Phillips-Kurve zeigt die kurzfristige Beziehung zwischen der Arbeitslosenquote und der Inflationsrate eines Landes. Sie unterstellt: je höher die Inflationsrate, desto niedriger ist die Arbeitslosigkeit in einer Volkswirtschaft.

Historische Entwicklung der Phillips-Kurve

Die historische Entwicklung der Phillips-Kurve lässt sich in drei Phasen einteilen (s. Abb. 1):

Albert William Phillips (1914–1975) untersuchte den empirischen Zusammenhang zwischen Geldlöhnen und der Arbeitslosenquote in England. Er wies für die Zeit von 1861–1957 nach, dass die höchsten Arbeitslosenquoten mit den niedrigsten Nominallöhnen* und Inflationsraten verbunden

waren. In den Jahren, in denen eine niedrige Arbeitslosigkeit vorherrschte, wies er hohe Nominallöhne und Inflationsraten nach. Phillips erkannte, dass die zwei wichtigsten Wirtschaftsdaten (Inflationsrate und Arbeitslosenquote) miteinander verknüpft sind.

Zwei Jahre später wiesen **Samuelson und Solow** ähnliche Untersuchungsergebnisse für die Vereinigten Staaten nach. Sie begründeten ihre Ergebnisse wie folgt: Eine niedrige Arbeitslosigkeit führt zu einer erhöhten Nachfrage nach Konsumgütern. Das erhöhte Nachfrageniveau führt wiederum zu höheren Preisen und Löhnen. Samuelson und Solow gaben der negativen Verknüpfung von Arbeitslosigkeit und Inflationsrate den Namen „Phillips-Kurve“. Abbildung 2 zeigt die grafische Darstellung der Phillips-Kurve.

Abbildung 2 verdeutlicht den negativen Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote. In Punkt A ist die Inflati-

* Der Nominallohn ist im Gegensatz zum Reallohn das tatsächlich in Euro (Geldeinheiten) ausgezahlte Arbeitsentgelt. Er lässt keine Aussagen über die Kaufkraft zu (Reallohn), denn die Preisentwicklung wird hier nicht berücksichtigt.

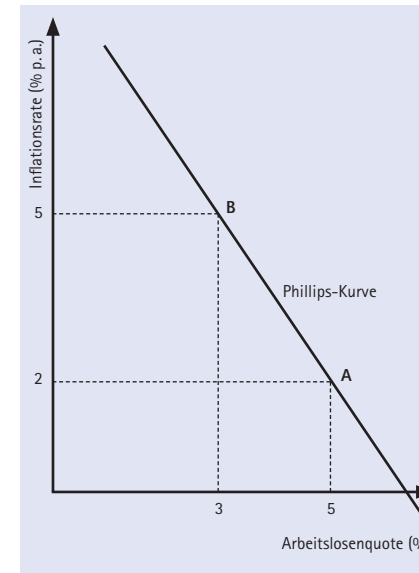


Abb. 2: Die kurzfristige Phillips-Kurve

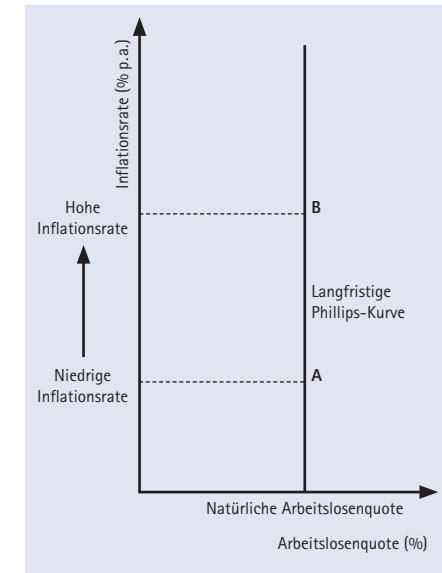


Abb. 3: Die langfristige Phillips-Kurve

onsrate niedrig (2 %), die Arbeitslosenquote jedoch hoch (5 %). In Punkt B ist die Inflationsrate höher (bei 5 %), die Arbeitslosenquote jedoch niedriger (bei 3 %).

Samuelson und Solow hielten die Erkenntnisse für wichtig, da sie glaubten, sie enthielten bedeutsame Aussagen für die Wirtschaftspolitik. Sie unterstellten, Wirtschaftspolitiker könnten einen Punkt auf der Phillips-Kurve wählen und somit die Ergebnisse der Volkswirtschaft steuern.

1968 veröffentlichten **Friedman und Phelps** neue Ergebnisse zur Phillips-Kurve. Sie argumentierten, dass eine steigende Inflationsrate auf das Wachstum der Geldmenge in einer Volkswirtschaft zurückzuführen sei und gingen davon aus, dass dieses Wachstum der Geldmenge keine reale Produktion nach sich ziehe, es würden lediglich die Preise und die Nominallöhne steigen. Das Geldmengenwachstum verändert dabei nicht die Faktoren, von denen die Arbeitslosenquote abhängt. Langfristig konnten Friedman und Phelps empirisch keine Verknüpfung zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote

belegen. Abbildung 3 zeigt die langfristige Phillips-Kurve.

Abbildung 3 zeigt, dass eine Volkswirtschaft auf lange Sicht keine wählbare Alternative zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote hat. Das Wachstum der Geldmenge bestimmt lediglich die Inflationsrate, nicht die Höhe der Arbeitslosigkeit. Kurzfristig hat eine Volkswirtschaft zwar die Möglichkeit, durch die Ausweitung der Geldmenge die Arbeitslosigkeit zu senken, langfristig wird sich jedoch die Arbeitslosigkeit auf ihr ursprüngliches Niveau zurück bewegen und zur natürlichen Arbeitslosenquote tendieren. Aus diesem Grund verläuft die Phillips-Kurve senkrecht.

Die kurzfristige Phillips-Kurve ist jedoch auch heute noch von Bedeutung. Häufig verwenden Wirtschaftspolitiker den Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote als Rechtfertigung für ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen. So fand man gerade in letzter Zeit häufig die Argumentation, dass die Geldmenge erhöht werden müsse, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu senken.

Historische Entwicklung der Phillips-Kurve

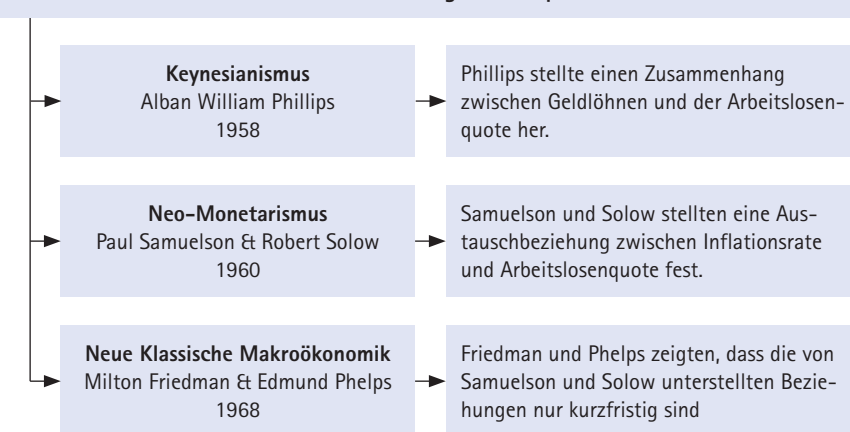


Abb. 1: Historische Entwicklung der Phillips-Kurve

Helmar ist Fischer. Seit Jahren bringt ihm sein Fang genügend Geld ein, um sich und seine Frau zu ernähren. Seitdem jedoch der neue Chemiebetrieb aus dem Nachbarort seine Chemikalien in den Fluss ableitet, sterben die Fische im Fluss nach und nach aus. Helmar fängt fast keine Fische mehr. Sein Freund rät ihm, die Behörden aufzusuchen und eine Beschwerde einzureichen. Er weiß, dass die Ableitung von Schadstoffen in Luft oder Wasser vom Unternehmen versteuert werden muss, mit der sogenannten Pigou-Steuer.

einem englischen Ökonomen, benannt. Anhand dieser Steuer sollen Umweltverschmutzungen (negative externe Effekte – siehe MARKT 27) eingedämmt (internalisiert) werden. Die Umweltbehörde von Helmars Stadt will den Umfang der Flussverschmutzung reduzieren und hat zwei Möglichkeiten zur Auswahl (s. Abb. 1):

Während die Regulierung sowie die Emissionszertifikate ein bestimmtes Verschmutzungsniveau vorgeben (in unserem Beispiel 300 Liter pro Jahr) setzt die Pigou-Steuer wirtschaftlich kalkulierbare Anreize für das Unternehmen. Das Verhalten der Marktteilnehmer (des Chemiebetriebes) soll somit beeinflusst und verändert werden.

Wirkungsweise der Pigou-Steuer

Durch die zu große Umweltverschmutzung des Chemiekonzerns entsteht ein gesamtwirtschaftlicher Verlust (Ineffizienz). Aus diesem Grund ist die Umweltverschmutzung gesellschaftlich unerwünscht und sollte zumindest verringert werden. Die Umweltbehörde verlangt vom Chemiekonzern eine Verringerung der Flussverschmutzung, denn diese führt

zu einem höheren Fischsterben. Das erhöhte Fischsterben verursacht Kosten für den Fischer Helmar, denn er kann seinen Fischbestand, den er täglich angeln muss, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, nicht mehr erreichen. Er wäre gezwungen, die Fischerei aufzugeben, da er nicht mehr ausreichend Geld verdient, um seine laufenden Kosten zu decken.

Mit Hilfe der Pigou-Steuer kann das Verhalten der Mitglieder einer Gesellschaft (wie z.B. des Chemiebetriebs) gesteuert werden. Die Pigou-Steuer kann als Preis für das Recht angesehen werden, beschränkte Umweltverschmutzungen vorzunehmen. Durch eine geeignete Bemessung der Steuer kann die Umweltbehörde die Menge von Umweltverschmutzung auf ein bestimmtes Niveau lenken. Die Behörde legt einen bestimmten Steuersatz pro Emissionseinheit (z.B. pro Liter) fest. Der Betrieb kann nun entscheiden, ob er eine Emissionseinheit Gift-Abwasser vermeidet oder dafür die Steuer entrichtet. Je höher die Steuer angesetzt wird, desto mehr wird der Chemiebetrieb den Ausstoß an Gift-Abwasser senken. Mit einer hohen Steuer könnte die Umweltbehörde sogar bewirken (und ungewollt erreichen), dass der Betrieb wegen fehlender Rentabilität schließen muss. Die Umweltverschmutzung würde somit auf Null reduziert.

Vorteile der Pigou-Steuer

Ökonomen sind der Meinung, dass eine Pigou-Steuer wirksamer ist als Verbote in Form von Regulierung oder die Herausgabe von Emissionszertifikaten (s. „Umweltzertifikate“ MARKT 27). Eine Regulierung auf eine maximale Ableitung von 300 Litern Gift-Abwasser in den Fluss würde den Chemiebetrieb auf die Senkung seiner Umweltverschmutzung bis maximal auf diese 300 Liter zwingen. Weitere Reduzierungen der Gift-Abwässer würden nicht vorgenommen. Die Pigou-Steuer gibt dem Chemiebetrieb jedoch den Anreiz, umweltfreundliche Technologien zu entwickeln. Dadurch können umweltschädliche Emissionen reduziert und somit die Steuern für Gift-Abwässer reduziert werden.

Durch die Pigou-Steuer profitiert sowohl der Staat als auch Fischer Helmar. Dem Staat fließen zusätzliche Einnahmen durch die Einführung der Steuer zu, gleichzeitig sinken die (Verlust-) Kosten des Fischers Helmar. Der Fischbestand im Fluss kann gesichert werden, so dass er durch die Fischerei weiterhin seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Die volkswirtschaftliche Wohlfahrt steigt.

Warum rechtfertigen Ökonomen dennoch die Umweltverschmutzung?

Fischer Helmar ist der Meinung, dass man nicht beliebigen Leuten gegen eine Gebühr das Recht einräumen kann, die Umwelt zu verschmutzen. Reine Luft und sauberes Wasser sind die Lebensgrundlage unserer Gesellschaft. Die Umwelt und Natur sind so wichtig und kostbar, dass man nicht einfach einen Preis für saubere Luft und sauberes Wasser festlegen kann. Man müsste sie ohne Rücksicht auf Kosten schützen.

Ökonomen argumentieren anders. Sie bedienen sich des Modells der Opportunitätskosten (MARKT 24), indem sie die Kosten der Umweltverschmutzung mit dem damit verbundenen Verzicht vergleichen. Würde man die Umweltverschmutzung gesetzlich verbieten, würde es kaum mehr technologischen Fortschritt geben. Technologischer Fortschritt ermöglicht uns jedoch einen hohen Lebensstandard. Kaum jemand in unserer Gesellschaft (auch Fischer Helmar) würde auf eine gute medizinische Versorgung, Infrastruktur oder Wohnlage verzichten. In vielen Fällen wären wahrscheinlich die Opportunitätskosten, d.h. der Verzicht für technologischen Fortschritt höher als die Kosten durch die Umweltverschmutzung. Ökonomen sehen Umwelt als ein Gut an (wie andere Güter auch). Die Nachfrage nach frischer Luft oder sauberem Wasser ist vom Preis abhängig. Je höher der Preis für den Umweltschutz ist, umso weniger Umwelt wird die Gesellschaft in Anspruch nehmen. Dieser Effekt kann mit der Pigou-Steuer erreicht werden.

Quelle: Mankiw, Gregory 2008: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart.

Die Pigou-Steuer ist eine Steuer, die dem Verursacher negativer externer Effekte auferlegt wird. Der Verursacher (z.B. ein Unternehmen) soll mit der Pigou-Steuer so belastet werden, dass er die tatsächlichen sozialen Kosten (z. B. die Verluste des Fischers) bei seiner Entscheidung berücksichtigt.

Die Pigou-Steuer wird auch Lenkungssteuer genannt. Sie ist nach Arthur Cecil Pigou,

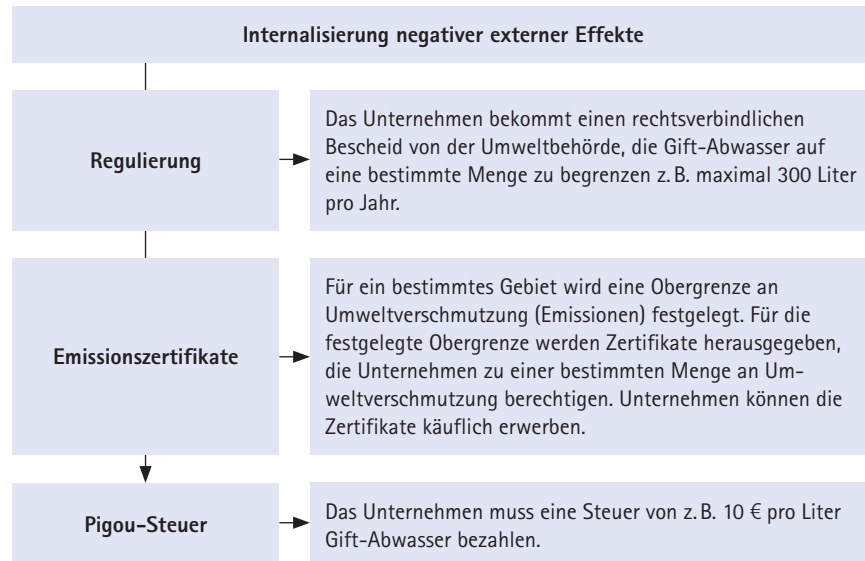


Abb. 1: Möglichkeiten zur Internalisierung negativer externer Effekte

Sehr geehrter PayPal-Mitglied aufgrund eines automatisierten Abgleichs ihrer Kundendaten mit Vergleichsstatistiken wurde das Risiko eines Zahlungsausfalles für Ihr Konto als überdurchschnittlich hoch eingestuft. Um weiterhin problemlos Ihr PayPal nutzen zu können, bitten wir Sie, Ihre Daten – als Sicherheit bei Zahlungsausfällen – bei uns erneut zu registrieren. Verwenden Sie bitte den Link unten, um Ihre Daten zu aktualisieren.

<http://www.paypalde.blo.pl/>

Wir bitten die Unannehmlichkeiten zu entschuldigen, dieses Vorgehen ist allerdings aufgrund vermehrter Betrugsversuche erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr PayPal Kundenservice

Copyright ©1999–2012 PayPal.

All rights reserved.

PayPal Germany Et Austria Pty Limited.

ABN 76 966 195 389 (AFSL 384962)

Pishing (auch Phishing) ist ein künstlich zusammengesetzter Ausdruck, der PIN – Fishing ausdrücken soll. Als Köder benutzen die Betrüger ein gefälschtes Schreiben oder eine kopierte Homepage, durch die man in den Glauben versetzt werden soll, mit einem Geschäftspartner zu kommunizieren. Die gefischten Informationen werden sofort – aber durchaus auch erst später – genutzt, um Geld oder Wertgegenstände in ihren Besitz zu bringen.

Diese E-Mail erhielt Dietmar Krafft vor einigen Tagen. Er wurde von PayPal aufgefordert, den in der Mitte stehenden Link zu laden und alle Angaben, die er vor längerer Zeit bei PayPal gemacht hatte, nochmals einzugeben und dann auch mit seiner persönlichen PIN zu beschließen. Da er keine großen Erfahrungen mit dem PC hat, wäre er fast in das Fangnetz gegangen, das irgendwelche Cyberkriminellen ausgelegt hatten, um seine Daten (Kontonummer, Passwort u. a.) bei Finanztransakti-

onen zu „fischen“. Er hatte jedoch Glück, weil ihm die Mitteilung von PayPal doch etwas seltsam vorkam. Wir werden auf diese Fehler der „Gangster“ aufmerksam machen.

Natürlich hat es schon immer Betrüger gegeben, die mit unterschiedlichsten Methoden versuchten, an Wertgegenstände oder Geld anderer Menschen zu kommen. Falschgeld, Haustürbetrug, Kredit- und Anlagemanipulation, Geldautomaten-Skimming¹, Enkel-Tricks², Love-Scamming³ und viele andere Maschen werden genutzt, um sich zu bereichern. Das Pishing basiert auf der EDV, speziell auf dem Internet, und macht in den letzten 20 Jahren mit dem Wachsen von E-Business, E-Mail und E-Banking Furore. Die Methode ist in der Praxis sehr variabel, beruht aber immer auf dem gleichen Prinzip, das auch früher nutzte, wenn der Oma die schlechte Situation des Enkels über die drohende Insolvenz von einer anderen Person vorgetragen wurde. Man erhält eine Nachricht über vertraute Partner, eine Firma oder Bank, durch die auf ein Problem in der Beziehung aufmerksam gemacht wird. Die Nachricht kommt von seriösen Quellen und das Problem ist relativ einfach zu lösen – dem Link folgen und damit die Kommunikation, die Hilfe bringen wird, sichern. Dass hinter diesem Link ein weiterer folgt, der zur Ausbeutung oder der Computerschädigung führt, ist für viele Amateur-PC-Bediener oft nicht sichtbar.

Eine sehr einfache Aufdeckung, die auch zum Erkennen des Pishing-Versuches bei Dietmar Krafft in dem Einleitungsbeispiel führte, ist jedoch schon die eingehende E-Mail selbst: Ein erster Fehler ist die Anrede „Geehrter Mitglied“. Der PayPal-Kundendienst hat sicher eine bessere Kenntnis der deutschen Grammatik. Ein Tippfehler ist ja denkbar, aber die „freundlichen Gruben“ zum Abschluss wären in einer Firma sicher zu „Grüßen“ umgeschrieben worden. Als Tipp-

1 Plünderung des Kontos

2 siehe unten: ältere Menschen über Probleme ihrer Enkel belügen

3 Partner mit „Liebesschwüren“ um ihr Vermögen betrügen

fehler könnten auch die „Zahlungsausfällen“ gesehen werden, doch ist dies eine „Falle“, in die meist Betrüger aus dem Ausland beim Fischen gehen, da ihre Tastatur den Umlaut (hier „ä“) oft nur schwierig wiedergibt. Drei Anzeichen für Fehler im deutschsprachigen Kundenservice reichen wohl aus, um sich vor einem Gelingen des Pishing genauer zu informieren. Wenn dann auch noch ein Link mit paypalde.blo.pl hinzukommt, ist auch ein wenig erfahrener User des PC gewarnt.

Die Polizei versucht natürlich auf diesem Gebiet ihre Aufgabe zu erfüllen, d.h. den Usern zu helfen und den Betrügern das Handwerk zu legen.

Im Internet finden sich dazu viele Hinweise, von denen einer lautet:

„Immer wieder verunsichern Schreckensmeldungen über Sicherheitslücken die Internet-Gemeinde. Dabei ist die Datenübertragung über das globale Netz sicherer als gemeinhin angenommen. Die wirklichen Gefahren lauern anderswo, nämlich in Sozialen Netzwerken, bei harmlosen Downloads und E-Mail-Anhängen oder auf Internetseiten mit selbst aktivierenden Inhalten, und zwar immer dann, wenn Unwissenheit oder Sicherheitslücken mit im Spiel sind.“
<http://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/gefahren-im-internet.html>

Sicher ist es richtig, dass sehr häufig Unwissenheit zum Schaden beiträgt und die „EDV-Freaks“ weniger Schaden erleiden. Allerdings ist es auch hier so, wie in vielen Bereichen der Kriminalität: Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte verbessern ständig ihre Methoden. Die Kriminellen sind jedoch auch nicht untätig und i.d.R. eine Nasenlänge voraus, weil erst wieder gegen die neuen Tricks Gegenmaßnahmen gefunden werden müssen. So könnte man als beste Regel den nachfolgenden Tipp vorausgehen lassen:

Klicke nie einen Link aus einer E-Mail, mit der Du – mit welcher Begründung auch

immer – aufgefordert wirst, Deine Daten neu einzugeben. Jede Forderung, ein Passwort weiter zu geben, ist eine Pishing-Mail.

Gefordert werden meist diese Informationen: Nutzernamen und Passwörter, Sozialversicherungs- und/oder Steuernummern, Bankkontonummern, PINs, vollständige Kreditkartennummern, Mädchenname der Mutter, Geburtstag.

Mit diesen einfachen Schritten können Sie sich gegen Pishing schützen:

- Antworten Sie niemals auf verdächtige E-Mails, Tweets oder Beiträge in Sozialen Netzwerken unter Angabe Ihrer persönlichen Daten oder Finanzdaten. Füllen Sie keine Formulare oder Anmeldeseiten aus, auf die in diesen E-Mails verwiesen wird.
- Geben Sie niemals Ihr Passwort ein, nachdem Sie einem Link in einer nicht vertrauenswürdigen E-Mail oder einem nicht vertrauenswürdigen Chat gefolgt sind.
- Melden Sie sich nur in Ihrem Konto an, wenn Sie absolut sicher sind, dass Sie sich auf der richtigen Website befinden. Überprüfen Sie im Zweifelsfall die Internetadresse in Ihrem Webbrowser. Zum Beispiel handelt es sich hierbei um eine gefälschte URL: www.google.com.
- Installieren Sie Browserupdates sofort oder verwenden Sie einen Browser wie Chrome, der automatisch ein Update auf die neueste Version durchführt. Viele Browser zeigen eine Warnmeldung an, wenn Sie auf eine Website zuzugreifen versuchen, die unter Pishing-Verdacht steht.
- Die meisten E-Mail-Provider, darunter Google Mail, bieten Möglichkeiten zum Melden von verdächtigen E-Mails und Pishing-Betrug. Durch das Melden einer Pishing-E-Mail kann dieser Nutzer Ihnen keine weiteren E-Mails mehr senden.

Quelle: <http://www.google.de/goodtoknow/online-safety/phishing/>, (verkürzt durch Verfasser).

Marita ist Managerin in einem großen Energiekonzern und verdient seit mehreren Jahren viel Geld. Regelmäßig trifft sie sich mit ihrem Bankberater und lässt sich beraten, wie sie das Geld gewinnbringend anlegen kann. Einen Teil des Geldes hat sie bereits in Aktien (siehe MARKT 8) angelegt. Sie ärgert sich jedoch, dass sie aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise nur sehr wenig Dividende auf ihre Aktien erhält. Sie fragt ihren Bankberater, ob es nicht eine Anlageform gibt, die mehr Rendite einbringt. Unter anderem wird ihr das Termingeschäft empfohlen.

z.B. auf Wertpapiere, Waren oder auch Devisen (s. Abb. 1).

Marita ist an einem Wertpapier-Termingeschäft interessiert. Dies bedeutet, dass sie heute vereinbart, in drei Monaten Aktien zu kaufen, jedoch zum heute geltenden Kurs. Sie verpflichtet sich damit, die Aktien in drei Monaten anzunehmen und zu bezahlen und kann nicht vom Geschäft zurücktreten. Der Aktienverkäufer verpflichtet sich im Gegenzug, die Aktien zu den zuvor festgelegten Bedingungen zu veräußern.

Termingeschäfte unterliegen einem Risiko

Nehmen wir an, Marita möchte in einem halben Jahr 100 Aktien eines Chemieunternehmens kaufen (bis dahin hätte sie wieder eine größere Summe an Geld zusammengespart). Da sich die deutsche Wirtschaft in einem Aufschwung befindet, ist damit zu rechnen, dass die Aktienkurse bis zu diesem Zeitpunkt stark ansteigen werden. Sie vereinbart heute, die Aktien in sechs Monaten zum heutigen Aktienkurs zu kaufen (s. Rechenbeispiel).

Das Rechenbeispiel verdeutlicht, dass Marita die Möglichkeit hat, ihre Rendite stark zu

Ein Termingeschäft (Zeitgeschäft) ist ein Börsengeschäft, das an einem Tag (z.B. heute) abgeschlossen wird, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt (z.B. drei Monate später) erfüllt wird. Dabei gelten die zuvor (heute) fixierten Vertragsbedingungen.

Welche Arten von Termingeschäften gibt es?

Maritas Bankberater erklärt ihr, dass es verschiedene Arten von Termingeschäften gibt,

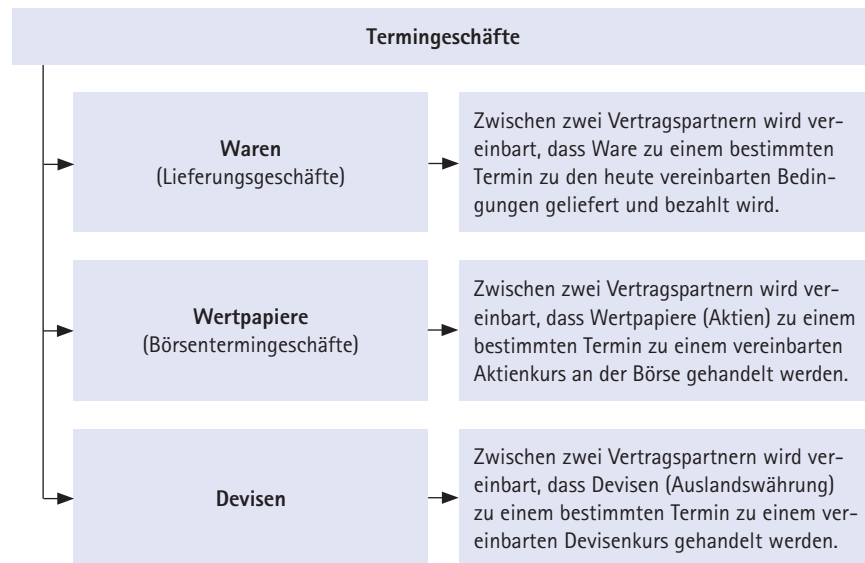


Abb. 1: Arten von Termingeschäften

Heutige Situation:

Heutiger Aktienkurs (1.4.2011) = 40 €

- Von Marita zu zahlende Summe in sechs Monaten (1.10.2011) = 100 Aktien x 40 € = 4.000 €

Situation in sechs Monaten (Möglichkeit 1: Wie erwartet steigt die Aktie im Kurs)

Aktienkurs in sechs Monaten (1.10.2011) = 60 €

- Marita zahlt am 1.10.2011 den am 1.4.2011 vereinbarten Betrag von 40 € pro Aktie (insgesamt 4.000 €)
- Der Aktienwert beträgt am 1.10.2011 jedoch (100 x 60 €) = 6.000 €
- Marita hat einen Gewinn in Höhe von 2.000 € (50 %) erzielt.

Situation in sechs Monaten (Möglichkeit 2: Unerwartet fällt der Kurs der Aktie)

Aktienkurs in sechs Monaten (1.10.2011) = 30 €

- Marita zahlt am 1.10.2011 den am 1.4.2011 vereinbarten Betrag von 40 € pro Aktie (insgesamt 4.000 €)
- Der Aktienwert beträgt am 1.10.2011 jedoch (100 x 30 €) = 3.000 €
- Marita hat einen Verlust in Höhe von 1.000 € (25 %) erzielt.

steigern, wenn die Aktienkursentwicklung an der Börse positiv verläuft. Sie kann jedoch auch Pech haben und der Aktienkurs entwickelt sich negativ. Im dem Fall verliert Marita einen Teil ihres Geldes. Ihr wird bewusst, dass sie mit der Anlage in einem Termingeschäft ein großes Risiko eingeht, denn sie kann nicht vorhersehen, wie sich der Aktienkurs entwickeln wird.

Vor- und Nachteile von Termingeschäften

Abschließend erfährt Marita, dass Termingeschäfte sowohl Vor- als auch Nachteile haben. Vorteilhaft ist, dass sie durch den Vertragsabschluss am 1.4. die Sicherheit hat, dass ihr Geschäft am 1.10. erfüllt wird. Der Aktienverkäufer hat ebenfalls die Sicherheit, dass Marita ihm am 1.10. die Aktien abkauft, egal wie hoch der Kurs ist. Falls sich ein Vertragspartner nicht an den Vertrag hält, muss er für den entstandenen Schaden (Verlust) aufkommen. Wenn sich zum Beispiel der Aktienverkäufer bei der Möglichkeit 1 nicht an die vereinbarten Bedingungen halten würde,

müsste er Marita den verloren gegangenen Gewinn in Höhe von 2.000 € erstatten. Insgesamt sind alle Personen ab dem 18. Lebensjahr dazu berechtigt, an der Börse zu handeln. Die Börse ist ein freier Markt, an dem Marita zu jeder Zeit Wertpapiere erwerben bzw. Termingeschäfte abschließen kann.

Das Termingeschäft kann sich jedoch auch nachteilig auf Marita oder auf den Aktienverkäufer auswirken. Dadurch, dass beide den Vertrag zu den vorher bestimmten Bedingungen erfüllen müssen, wird einer von beiden einen Verlust erleiden. Der Wertpapierhandel an der Börse ist nicht vorhersehbar, die Aktienwerte können innerhalb der sechs Monate im Kurs schwanken. Beide können hinsichtlich der Aktienkursentwicklung nur Spekulationen anstellen.

Marita ist sich nach der Beratung sehr unsicher. Auf der einen Seite kann die Geldanlage in einem Termingeschäft eine hohe Rendite erzielen, auf der anderen Seite ist diese Anlage mit einem hohen Risiko behaftet.